

SPD demokratischer Pressedienst

P/XXVI/157

19. August 1971

Der Irrtum der "Wahrheit"

Die deutsche Sozialdemokratie und ihre
Haltung zu den Kommunisten

Von Karl Wienand MdB
Parlamentarischer Geschäftsführer der SPD-
Bundestagsfraktion

Seite 1 und 2 / 79 Zeilen

"Bumerang" bestand seine "Uraufführung"

Deutscher Beitrag zur internationalen
Raumschiffahrt

Seite 3 / 44 Zeilen

Aktuelle Reportage im SPD-Pressedienst

Polnische Impressionen 1971 (3. Fortsetzung)

Seite 4 und 5 / 102 Zeilen

Sonderbeilage: "Frau und Gesellschaft"

Chefredaktion: Dr. E. Eckert
Verantwortlich für den Inhalt: A. Exler
5300 Bonn 9, Heussallee 2-10
Postfach: 9153
Pressehaus I, Zimmer 217-224
Telefon: 22 90 37 - 38
Telex: 886 840/886 847
886 848 PPP D

Herausgeber und Verleger:

SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST GMBH
6300 Bonn - Bad Godesberg
Kölnener Straße 108-112, Telefon: 7 66 11

Der Irrtum der "Wahrheit"

Die deutsche Sozialdemokratie und ihre Haltung zu den Kommunisten

Von Karl Wienand MdB

Parlamentarischer Geschäftsführer der SPD-Bundestagsfraktion

Die Moskauer "Prawda" (= "Wahrheit"), das Zentralorgan der kommunistischen Partei in der Sowjetunion, hat anlässlich der fünfzehnjährigen Wiederkehr des KPD-Verbotés in der BRD die Aufhebung dieses Verdikts verlangt. Das Blatt begründet seine Forderung mit dem Argument, daß mit Hilfe dieses KPD-Verbotés jederzeit Repressalien gegen "demokratische und sozialistische Kräfte" entfacht werden könnten. Nun ist es das gute Recht der "Prawda", ihre Auffassungen auch über innere Angelegenheiten der Bundesrepublik Deutschland zu sagen. Aber es ist auch die Pflicht deutscher Demokraten, solche Auffassungen, wenn sie den Stempel des Irrtums tragen, entschieden zurecht zu weisen.

Die deutschen Sozialdemokraten haben das vom Karlsruher Bundesverfassungsgericht verlangte KPD-Verbot für politisch unklug gehalten, aber sie haben es als eine verfassungstreue Partei hingenommen. Inzwischen ist eine neue kommunistische Partei entstanden, die in Gemeinden, Bund und Ländern ihre Kandidaten aufstellt. Ihrer Aktivität stehen, soweit sie sich an die Gebote der Verfassung hält, keinerlei Beschränkungen entgegen, sie darf ungehindert agitieren und ihre Versammlungen abhalten. Doch unterliegt sie einer Schwäche, von der schon seinerzeit die KPD vor ihrem Verbot schwer heimgesucht war: Auch die DKP bleibt trotz eines Riesenaufwands von Propaganda eine verschwindend kleine Gruppe. Sie teilt das Schicksal politischer Sektierer, weil der bei Wahlen frei entscheidende Bürger ihre Ziele nicht akzeptiert und sie deshalb nicht wählt. Eine Aufhebung des KPD-Verbotés würde daran nicht das geringste ändern, und würde daher den Kommunisten in der Bundesrepublik auch nicht die von ihnen heißersehnte Stärke mit Wirkungskraft als politischer Machtfaktor geben.

Das sollte auch die "Prawda" wissen. Insoweit stößt ihre Forderung ins Leere, wie auch ihrer Behauptung jede Grundlage fehlt, daß im Schatten dieses Verbotés Repressalien gegen "demokratische und sozialistische Kräfte" erfolgen. Meint damit die "Prawda" jene anarcho-syndikalistischen-trotzkistischen Wirkköpfe wie etwa die Baader-Meinhof-Gruppe, deren politische Tätigkeit die

kriminelle Seite längst überschritten hat? Es fehlte bisher aus gutem Grund jeder Sympathiebeweis der großen Moskauer Zeitung für diese im politischen Halbdunkel agierende Gruppe und er ist wohl auch nicht in Zukunft zu erwarten.

Unmittelbar nach der Forderung, das KPD-Verbot aufzuheben, plädierte die "Prawda" auch für eine Aktionseinheit zwischen Sozialdemokraten und Kommunisten sowohl im nationalen als auch im regionalen Rahmen und im Weltmaßstab. Ideologische Differenzen sollten kein unüberwindbares Hindernis sein, aber man sollte sich zusammenfinden im Kampf für den Frieden und für die Sicherheit der Völker sowie für die Zusammenarbeit beim Aufbau einer neuen Gesellschaft. Eine solche Zusammenarbeit scheiterte aber an den "rechten Führern" der Sozialdemokratie, weil, so beklagt es die "Prawda", diese die Zusammenarbeit mit der Bourgeoisie vorzögen.

An diesem trügerischen Bild stimmt eigentlich nur der Satz von den ideologischen Differenzen zwischen Sozialdemokraten und Kommunisten. Sie sind in der Tat unüberbrückbar. Das entscheidende Trennungsmal zwischen Kommunisten und Sozialdemokraten liegt in dem Gegensatz von Rechtsstaatlichkeit und Willkür, von freiheitlicher Demokratie und Parteidiktatur, von Selbstbestimmung und Fremdbestimmung. Keine Friedenspolitik und keine außenpolitische Annäherung kann diesen Gegensatz der Systeme beseitigen, niemand darf ihn übersehen.

In den Entscheidungsstationen deutscher Geschichte hat sich die deutsche Sozialdemokratie immer und bedingungslos für die rechtsstaatliche Demokratie entschieden. Um dieser Entscheidung willen hat sie allerschwerste Verfolgungen erlitten. Eben... diese Haltung trug ihr und der deutschen Demokratie aber insgesamt reiche Früchte ein.

Die Diskussionen um das Selbstverständnis sowie die politische Aussage der deutschen Sozialdemokratie wurden und werden stets in aller Öffentlichkeit mit der den Demokraten eigenen Toleranz geführt. So kam es auch zu den Beschlüssen des SPD-Parteirates vom 26. Februar 1971. Sie sind mittlerweile von den Gliederungen der Partei angenommen und als richtungweisend für unsere politische Arbeit verwandt worden. So wie dies hier geschehen, wird es nach unserem Demokratieverständnis bleiben.

Die von Willy Brandt und den Sozialdemokraten mitinitiierte und geführte Friedenspolitik wird stets berücksichtigen, daß jedes Volk das Recht hat, seine eigenen Angelegenheiten selbst zu bestimmen. Wir billigen dies selbstverständlich den Völkern der Sowjetunion zu, möchten dies aber ohne Einmischung von außen auch für uns tun können.

(-/ex/19.8.1971/ks)

+ + +

"Bumerang" bestand seine "Uraufführung"

Deutscher Beitrag zur internationalen Raumschiffahrt

Mitte August ist es über dem Seegebiet von Helgoland gelungen, den deutschen Flugversuchskörper "Bumerang" aus rund 3.000 Metern Höhe zu starten, seine guten Flugeigenschaften festzustellen und wieder aus der Nordsee zu bergen. Damit ist ein bedeutender Beitrag der Bundesrepublik zum internationalen Programm der Raumschiffahrt erfolgreich angelaufen. Der Flugkörper soll in vielfacher Wiederverwendung bei der Montage von interplanetarischen Stationen helfen und auch die dort stationierten Besatzungen versorgen.

Der Raumflugkörper LB 21 "Bumerang" ist im Auftrage des Bundeswissenschaftsministeriums von der Bremer "Erno-Raumfahrttechnik" entwickelt worden. Der deltaförmige Flugkörper ist 3,1 Meter lang und 1,9 Meter breit. Ein Prototyp größerer Bauart und der weiteren Entwicklungsstufe soll einmal durch die "Europa-Rakete" in das Weltall geschossen werden, usw. ebenfalls zur Erprobung. Schließlich ist daran gedacht, das ausgereifte Fahrzeug der Us-amerikanischen Weltraumbehörde NASA als Raumfähre zur Verfügung zu stellen. Das technische Problem besteht darin, durch eine geeignete äußere Form die Reibungshitze beim Wiedereintritt in die Erdatmosphäre zu überwinden.

Vor dem gelungenen Versuch über Helgoland hatte sich Bundesverteidigungsminister Helmut Schmidt den Flugkörper auf dem Bundeswehrflugplatz Hohn bei Rendsburg angesehen. Von diesem Flugplatz aus wurde "Bumerang" am nächsten Tag mit einer "Transal"-Maschine der Bundeswehr in 3.000 Meter Höhe gebracht und ausgeklinkt. "Bumerang" glitt auf das Wasser hinab, zeigte gute Flugeigenschaften, öffnete seine Bremsfallschirme und setzte auf dem Meer auf. Eine Bergungsflotte der Bundesmarine, bestehend aus Flugsicherungs- und Minensuchbooten, nahm "Bumerang" kurze Zeit darauf an Bord.

Die Erprobung von immer größeren und technisch vollkommeneren Typen eines Raumgleiters soll wie folgt ablaufen: Zunächst ist ein Abwurf aus Höhen von fünf, sieben und neun Kilometern vorgesehen, um das jeweilige Flugverhalten des Raumflugkörpers zu beobachten. Später ist daran gedacht, den Körper mit der "Europa-Rakete" 190 bis 320 Kilometer hoch zu schießen. Schon heute arbeitet die Erno-Raumfahrttechnik in Bremen mit den Wissenschaftlern der US-Raumfahrtbehörde für das "Apollo"-Nachfolgeprogramm zusammen.

Dabei geht es um die Entwicklung und den Aufbau von Raumstationen und damit verbunden eines Raumschleppers für den Transport zwischen erdnahen und erdfernen Umlaufbahnen sowie anderer Planeten. Zur Bewältigung dieses Programms ist eine Raumfähre notwendig. Das jetzige Modell "Bumerang" wird vermutlich im Laufe der jahrelangen Entwicklungen und Erprobungen einmal die Größe einer Boeing 707 erhalten und soll bis 150mal einsetzbar sein. Bis das soweit ist, dürfte aber das Jahr 1978 heranrücken.

(cc/ee/19.8.1971/ks)

Aktuelle Reportage im SPD-Pressedienst

Polnische Impressionen 1971 (3. Fortsetzung)

Die Polen-Reise, über die hier berichtet wird, dauerte von Bonn bis Bonn etwa drei Wochen, der Tachometer zeigte zum Schluß rd. 5.000 Kilometer; die Fahrt ging hin über Prag, dann rund um das Land und zurück über Ost- und Westberlin. Der Staat, die Partei, Fremde und Freunde ermöglichten volle Bewegungsfreiheit und jeden Kontakt. Der Bericht versucht, Impressionen unmittelbar aus dem Erleben zu zeichnen.
Erhardt Eckert

Arbeiter in Giereks Staat

Das Werfttor in Stettin. Von dort aus sind die Arbeiter im November 1970 in die Stadt marschiert, um zu protestieren. Von dort aus zündete der Brand, der dann quer übers ganze Land lief und zum Wach- und Machtwechsel in Warschau geführt hat. Man spricht offen über die Verlustzahlen, zeigt das Fenster, in dem ein unbeteiligtes junges Mädchen von einer verirrtten Kugel tödlich getroffen wurde. Diese Industriegegend am Stettiner Oderhafen hat ein internationales Gesicht, wie man es überall in der Industrielwelt findet. Hochgeschossige Dutzendmieterhäuser, schmutzige Straßen, Lastkraftwagen, Staub, wenig grün, graue Menschen, Konsumläden.

Wenn man die tristweißgraue Häuserwand entlangschaut, sieht man die Arbeiterkolonnen von damals wieder marschieren. Der Protest hatte sie von der Werkbank getrieben. Wladislaw Gomułka mußte gehen. Gesprächspartner berichten, wer ihm an Partei- und Staatsfunktionären alles folgen mußte, und wer durch Edward Gierek und seine neue Crew auf die leeren Plätze gestellt wurde, damit alles besser werde. Nun wartet man auf dieses Besserwerden, wobei jedermann weiß, daß Gierek natürlich keine Wunder schaffen kann. Aber dieses Warten ähnelt sehr einer Art Bewährungsfrist, die man den Giereks zugesteht. Beim Parteitag wird man hören und sicher auch reden. Unter den Delegierten wird es, sagt man uns, sehr viele neue und junge Gesichter geben, und diese Nachwuchsgeneration will mitwirken, mitbestimmen, was, weil das neu und unerprobt ist, das ganze noch schwieriger macht, als es nach Gomułka und nach diesen ersten Monaten Giereks sowieso schon ist.

Eine in sich so unausbalancierte Volkswirtschaft, verzerrt durch den übergroßen und übergewichtigen Agraranteil, belastet mit Blockverpflichtungen, die durch Exportbegrenzungen in den anderen Block zusätzlich fühlbarer werden, von den noch lange nicht aufgehobenen und ausgeglichenen Hypotheken der ferneren und jüngeren Vergangenheit ganz zu schweigen und von dem Ärger mit dem Arbeitspotential gar nicht zu reden! Wenn man sich erst einmal über diese Gesamtsituation klar geworden ist, wundert man sich über die Sorgen nicht mehr, die in der Partei- und Staatszentrale in Warschau herrschen und herrschen müssen. Und man versteht noch intensiver, warum die Leute, die für die Wirtschaft dieses Staates verantwortlich sind, nichts dringender einkalkulieren, als eine politische Entwicklung und einen politischen Status, die einen möglichst ungestörten und zügigen Aufbau des ökonomischen Potentials

zuläßt und garantiert.

Auch in Polen schreiben sie 1971, und im Jahre 1971 wollen die Bürger dieses Staates nach einer jahrzehntelangen Austerität, deren Grund sie in der Masse gerade noch verstanden haben, endlich einen größeren Anteil an den Segnungen eines arbeitsreichen Lebens haben. Disziplin, Loyalität, Mitarbeit, Ein- und Unterordnung, Einschränkungen: Alles gut und schön, man sieht das schon ein, weil es sein muß und anders nicht geht. Wie denn auch. Aber wenn man genau zuhört, dann hört man dieses Warten knistern, und manchmal meint man auch, daß eigentlich nicht so viele Leute bloß warten sollten, sondern ihre Hände mitanlegen müßten.

Rittergüter und Fleckenfelder

Aus dem großstädtischen Trubel der immer mehr zusammenwachsenden Metropole Danzig-Zoppot-Gdingen, die noch andere Gemeinden in sich ziehen wird, rollt der Wagen geruhsam durch eine geruhsame Landschaft. Grellblauer Himmel über uns, tiefgrüne Wälder neben uns und Felder, endlose Felder über den ganzen Landstrich bis Stettin. Auch wenn man noch niemals zuvor in dieser Gegend gewillt hat, so wird einem doch bald klar, daß hier oben ein Eldorado der Groß- und Rittergutsbesitzer gewesen war. Im Halbstunden- oder Stundenabstand huschen große Villen an einem vorbei, umgeben von Wäldchen uralter Bäume und von Gesindehäusern. Die Fruchtbarkeit der Landschaft und der Erde ist mit Händen greifbar. Getreide von Horizont zu Horizont, Kartoffelmeere, Grünfutterozeane. Die Straße ist nahezu leer, wir rollen fast allein durch lebendig gewordene Fruchtbarkeit. Die Ernten müssen Gebirge an Körnern, Kartoffeln, Früchten ergeben. Dem erdgeborenen Überschuß entsprechen die Superherden an Rindvieh, die ganze Landstriche füllen.

In einer Ruhepause, an einem himmelblauen See, umgeben von strahlendgrünen Birken, erinnern wir uns der Fahrt von Krakau nach Warschau. Die Landstraße zog sich dort schnurgerade dahin, ohne jede Biegung, Kurven nur in den ganz wenigen Dörfern. Schnurgerade bis zum Horizont. Ein merkwürdiges Fahrgefühl, das einen allmählich beunruhigt. Schon bis Krakau, als wir aus dem oberschlesischen Industriegebiet gekommen waren, hatten wir uns gegenseitig auf die bis ins Bizarre gehende Zerstückelung der Felder hingewiesen. Äcker und Felder und Wiesen im Kleinformat, wie in manchen Gegenden noch bei uns zu Hause, wo sie sich eifrigst bemühen, dieses kostspielige, unrationelle Zerstückeltseins durch Zusammenlegungen in möglichst große Bereiche zu überwinden. Und jetzt dasselbe Bild mitten in Volkspolen. Die Erinnerung an diesen verblüffenden Fleckenteppich einer veralteten Landwirtschaft wird hier oben, zwischen Danzig und Stettin, angesichts dieser riesenhaften Feldermeere noch schärfer. Die Fragen nach dem warum und weshalb werden noch dringender und bohrender. Wie die Fragen an eine Wirtschaft, die eine derartige Verschleuderung von nutzbarem Grund und Boden zuläßt.

Bei einem späteren Gespräch, das der Klärung dienen soll und sie nur mühsam oder kaum findet, verweist ein bissiger Nebensatz auf Gomulka, den Freund der polnischen Bauern. Der kritische Verweis auf Gomulka wird allmählich, weil zu oft wiederholt, gewichtslos. Aber der Gesprächspartner besteht auf seinem Argument, wobei er vordringlich politisch diskutiert. Wie immer aber auch: Die rationale Größe der Felder im polnischen Norden und die sich in ihrem Nutzen in sich selbst auflösende Begrenzung in kleine und Kleinstfelder in Mittelpolen können nicht gegeneinander aufgerechnet werden. Die Groß- und Rittergutsbesitzer wußten, was sie wollten. Sie haben ein Trumpfaß hinterlassen.

(4. Fortsetzung folgt am 20. August 1971)